

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 417

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, ...

Sonnabend, 18. Juni.

Zeitschrift, die schlagendste Zeitungs- oder deren Namen ...

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 17. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung der Kleinbahnvorlage.

In der Generaldiskussion bemerkt Abg. Rickert (Hr.), daß er sich Selbstbeschränkung auferlege, um nicht den Schluß der Session zu verzögern. ...

Minister Thielen: Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß die Staatsregierung das größte Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes hat. ...

Abg. v. Bismarck (kons.) erklärt, sympathisch dem Gesetze gegenüber zu stehen, betont aber, daß es vor allem nötig sei, ...

Abg. v. Bismarck (Hr.) spricht ebenfalls die Hoffnung aus, daß das Herrenhaus keine Schwierigkeiten machen werde, ...

Abg. Dr. Hammacher (nl.) erhofft von dem Gesetze ebenfalls eine günstige Entwicklung des Kleinbahnwesens im Interesse des Verkehrs. ...

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1 und 2 debattelos angenommen.

§ 3 handelt von den für die Genehmigung zuständigen Behörden.

Abg. Jerusalem beantragt, daß für die Bahnen, die sich auf Kunststraßen bewegen, welche in städtischer Unterhaltung stehen, die Genehmigung der Orts-Polizeibehörde (nicht des Regierungs-Präsidenten) nötig ist.

§ 3 wird mit dem Antrage Jerusalem angenommen, ebenso debattelos die §§ 4 bis 5 (Bedingungen für die Genehmigung).

Zu § 7, welcher bestimmt, in welchen Fällen die Zustimmung der Unterhaltungspflichtigen durch den Provinzial- oder Bezirksausschuß ergänzt werden kann, liegt ein Antrag v. Tiedemann (Boms) vor, daß dem Antrage auf Ergänzung der Zustimmung der Nachweis der Leistungsfähigkeit für die erforderliche Sicherheitstellung beizufügen ist.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) erklärt sich gegen den Antrag, der uns unnötige Erschwerungen schaffen und abschreckend wirken könne.

Geh. Rath Febr. v. Jedlitz spricht die Zustimmung der Regierung zu dem Antrage aus, der nur die Herstellung der Regierungsvorlage bezwecke.

Abg. v. Strombeck bekämpft den Antrag, weil derselbe nicht geeignet sei, das Privatkapital zum Bau von Bahnen aufzumuntern.

Der Antrag wird abgelehnt und § 7 unverändert angenommen, ebenso die §§ 8 bis 15.

§ 16 bestimmt, daß die Genehmigung, welche einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien erteilt ist, erst in Wirksamkeit tritt, wenn der Nachweis der Eintragung in das Handelsregister eingeführt ist.

Dazu liegt ein Antrag v. Bödiker vor, der die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in § 16 einfügen will.

Ein Antrag Engels will den § 6 allgemeiner fassen, indem nur von „Gesellschaften“ gesprochen wird, denen die Genehmigungsurkunde erteilt wird, um auf Grund derselben die Eintragung in das Handelsregister zu bewirken.

Abg. Bödiker befürwortet seinen Antrag mit dem Hinweise darauf, daß den Gesellschaften mit beschränkter Haftung vor allem die Aufgabe zufallen werde, Kleinbahnen zu bauen.

Abg. Engels (Hr.) erklärt, dasselbe zu wollen wie der Vordrucker, glaubt aber, daß die Fassung seines Antrages die glücklichere sei.

Abg. Dr. Krause beantragt sowohl „Aktiengesellschaft“ wie „Gesellschaft“ zu setzen.

§ 16 wird darauf mit dem Antrage Bödiker angenommen. § 17 handelt von der Feststellung des Bauplans und bestimmt in seinem letzten Absatz: Wenn aus der beabsichtigten Bahnanlage Nachteile oder erhebliche Belästigungen der benachbarten Grundbesitzer und des öffentlichen Verkehrs nicht zu erwarten sind, kann der Minister den Beginn des Baues ohne vorgängige Planfestsetzung gestatten, sofern es sich nicht um die Benutzung öffentlicher Wege handelt.

Abg. Hansen beantragt in dem letzten Satze hinter „öffentlicher Wege“ die Worte „mit Ausnahme städtischer Straßen“ einzuschalten. Redner befürwortet seinen Antrag und tritt zugleich für eine möglichst große Erschwerung der Benutzung öffentlicher Wege ein. Die Pferde der Fuhrwerke könnten scheu werden, namentlich wenn sie jung seien.

Abg. Dr. Hammacher beantragt dagegen, den ganzen einschränkenden Satz von „sofern“ abzutreiben.

Abg. v. Sponner (nl.) hält das Bedenken wegen des Scheuwerdens der Pferde für völlig ungerechtfertigt. Das sei nirgends der Fall.

Abg. Frentz (kons.) tritt für den Antrag Hansen ein. Auch er hält die Möglichkeit, daß die Lokomotiven die Pferde scheu machen und darum Unglücksfälle verursachen, für gegeben; dieselbe Ansicht vertritt die Abg. Brandenburg (Hr.) und Fegter (nl).

Abg. Rickert weist darauf hin, daß man da, wo bereits solche Bahnen bestehen, von Unglücksfällen nicht viel höre. Man könne doch nicht den Ban von Bahnen verhindern, weil die jungen Pferde

etwaiger auf einen Besuch fahrender Leute scheu werden könnten. Diese Leute mögen alte und sanfte Pferde nehmen.

Abg. Jerusalem tritt für den Antrag Hammacher ein. Darauf wird § 17 mit dem Antrage Hansen angenommen; ebenso unverändert §§ 18-29.

§ 30 bestimmt die Voraussetzungen, unter welchen der Staat Kleinbahnen erwerben könne. Nach den Beschlüssen zweiter Sitzung soll der Erwerb erfolgen können, wenn die Kleinbahn eine große Bedeutung für den öffentlichen Verkehr gewonnen hat und der Unternehmer sich dem Eisenbahngesetz nicht unterwerfen will.

Ein Antrag Graf zu Limburg-Stirum verlangt den Wegfall der letzten Bedingung.

Der Antrag wird abgelehnt und § 30 unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Das Gesetz im Ganzen wird einstimmig angenommen. Darauf folgt der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über das Mandat des Abg. Jerusalem infolge seiner Ernennung zum Landgerichtsrath. Entsprechend dem Antrage der Kommission wird das Mandat für nicht erloschen erklärt.

Es folgen Petitionen. Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt Petitionen betr. Bildung von Rentengütern aus dem Domänenverwerk in Lobbe; betr. Errichtung einer Volksschule in Hüninghausen.

Zur Berücksichtigung werden überwiesen Petitionen betr. Gewährung einer Entschädigung bez. einer Anleihe an Deichverbände.

Zur Erwägung werden der Regierung überwiesen Petitionen um Gewährung einer Zehnerzulage an einen Landgerichtsrath; wegen Aenderung der Regeln für Gewährung staatlicher Prämien an Bergleute zum Bau von Wohnhäusern; wegen Vermehrung der etwa möglichen Kanzlistenstellung wegen Verbesserung der Lage der Justizkanzleigehilfen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr (Militärwärtergesetz, Gesetz über das Dienstverkommen der Lehrer, Petitionen.)

Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

21. Plenarsitzung vom 17. Juni, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der Vorlage betr. das Dienstverkommen der Lehrer an den nicht-staatlichen höheren Schulen.

Die Kommission hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in mehreren wesentlichen Punkten geändert. Nach der Fassung des Abgeordnetenhauses soll es zulässig sein, an Stelle der Alterszulagen die Besoldungssätze nach dem bisherigen Prinzip der Durchschnittsgehälter mit Genehmigung der Ressortminister beizubehalten (§ 2). Die Herrenhauskommission will diese einschränkende Klausel der Genehmigung der Ressortminister beseitigen, außerdem aber will sie auch die Bestimmung der Regierungsvorlage hinsichtlich der Zeichenlehrer und übrigen technischen Elementar- und Vorschullehrer wiederherstellen (§ 1), wonach diese nicht in gleicher Weise wie dieselben Lehrerkategorien an den staatlichen höheren Schulen behandelt werden, sondern außer einer Besoldung, die mindestens der der Volksschullehrer an demselben Orte gleichkommt, eine nicht pensionsfähige Zulage von 150 Mark jährlich erhalten.

Die Kommission schlägt ferner vor, jede Bestimmung über das Schulgeld (§ 7) zu streichen. Danach soll dem Unterrichtsminister in keinem Falle das Recht zustehen, das Schulgeld an nichtstaatlichen Schulen auf den Schulgelddatz der konkurrierenden Staatsschulen zu erhöhen, auch nicht, wie es vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, an solchen Schulen, für welche staatliche Zuschüsse erforderlich werden.

Endlich will die Kommission den Gemeinden das Recht geben, bei Veränderungen der höheren Schulanstalten die Lehrer unbeschadet ihrer bisherigen Besoldungsansprüche an eine von derselben Gemeinde unterhaltene andere höhere Schule mit minderen Berechtigungen zu versetzen. (§ 9.) Nach der Fassung des Abgeord-

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 17. Juni.

Die Stunde rennt auch durch den rauhesten Tag — und so ist denn auch diese Theatersaison nun doch zu Ende gegangen. Zwar das „Deutsche Theater“ spielt noch, aber wohl nur der zu erwartenden Fremden wegen, und im Adolf-Ernst-Theater führt eine Wiener Truppe einige Wiener Lokalpossen auf, die es an Trivialität und Blödigkeit getroffen mit den Possen der Adolf-Ernst'schen Hausdichter aufnehmen können. Immerhin finden die Wiener Gäste viel Beifall, denn sie führen ein paar recht gute Komiker mit sich. Das berechtigt sie freilich noch nicht zu jenem horrenden Ueberfluß an Bescheidenheit, mit dem sie ihr Ensemble als würdiger Nachfolger des Meininger Ensembles und des Richard-Wagner-Theaters bezeichnen, das unter Angelo Neumann uns zuern die „Nibelungen“ nach Berlin gebracht hat. Die Wiener Sigerln, Der dumme August, Groß-Wien, Die Wetzschwimmerinnen und wie die sonstigen Darbietungen des Wiener Ensembles noch alle heißen, als Nachfolger der Nibelungen Wagners und der Meininger früheren Meisteraufführungen zu bezeichnen — das ist ein Wis, wie er so gut und so belustigend in dem ganzen Repertoire der Wiener Gäste nicht enthalten ist.

Bei Thomas gastiert Ilka Palmay, eine aus dem Ungarischen ins Wienerische übertragene Soubrette. Der große Ruf, der ihr voranging und der die hiesigen Ungarn und Oesterreicher zu großen Ovationen auf dem Bahnhof begeisterte, ist durch ihr erstes Auftreten nicht ganz bestätigt worden. Sie ist wandlungsfähig, aber doch nicht in dem Maße, wie es unsere unerfessliche Ernestine Wegner gewesen ist. Aber seit dem Tode der Wegner haben wir eine gleich gute und vielseitige Soubrette wie Frau Palmay nicht gesehen: sie singt und tanzt und parodirt, und ist dabei noch eine wirkliche Schauspielerin voll Temperament, voll echten Theaterblutes, die all das kann, wozu man auf unseren Possenbühnen, die sich schon lange zum Prinzip der Arbeitstheilung bequemen mußten, drei bis vier Darstellerinnen braucht. — Im Berliner Theater wird am Montag als Neueinstudierung noch der „Marzif“ mit Barnay und Anna Haberland gegeben — aber all diese kleinen Ausläufer bestätigen nur, daß die Theatersaison zu Ende ist. Sie ist es seit Mitte dieser Woche, seit dem Abbruch der Reicher'schen Gastspiel-Vorstellungen. Was darüber zu sagen wäre, hat Reicher selbst in einem an die hiesigen Zeitungen gerichteten, von Ihnen ja auch bereits mitgetheilten Schreiben treffend dargelegt. Wir könnten nur hinzufügen, daß dem Reicher'schen Unternehmen hier auffallend wenig Wohlwollen seitens der

Kritik entgegengebracht worden ist, genau so wenig Wohlwollen, wie hier all den Theaterunternehmungen, die nicht von den zünftigen Direktoren ausgehen. . . Wir wollen auf eine Erklärung der auffälligen Thatsache lieber verzichten.

Das Schauspielhaus schließt morgen seine Saison, die an ehrlicher Arbeit, ernstem Streben reich und auch an Erfolgen reicher war als die der anderen Bühnen. Zwar hat gerade die Hofbühne diejenigen beiden Stücke gebracht, gegen die man am entschiedensten und rückichtslosesten hat eintreten müssen: Wildenbruchs kindisch-polemische „Heiliges Lachen“ und des Herrn Lubliner blutleeres, hyperlophales Gemachel vom „Kommenden Tag“. Beide Herren wollten als moderne St. George den Lindwurm des Pessimismus bekämpfen. Sie kochten breite Betteluppen und hatten ein großes Publikum — eine Zeit lang wenigstens. Herr v. Wildenbruch, der im Gegensatz zu Herrn Lubliner doch immerhin ein Dichter ist, wenn auch ein Dichter ohne Geist, hat inzwischen bereits eine neue Bühnensarbeit geschaffen, Herr Lubliner aber hat eine Zeitung begründet, der wir sehr viel Beser wünschen, damit sie recht lange bestehen kann und Herr Lubliner uns nicht wieder etwas vorjudichten Zeit findet. Aber auch bei diesen beiden unglücklichen Stücken hat sich die neue tüchtige Leitung unseres Schauspielhauses vollauf bewährt. Es geht ein frischer, moderner Zug durch das alte Haus — das

netenhausessollten die Lehrer nur verpflichtet sein, an derselben Schule zu verbleiben, im Falle dieselbe in eine mit veränderten Berechtigungen umgewandelt wird.

In der Generaldiskussion tritt Oberbürgermeister **Struckmann** für die Annahme der Vorlage in der von der Kommission beschlossenen Fassung ein. Man dürfe die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht zu sehr unberücksichtigt lassen, namentlich in der Frage der Unterhaltung der höheren Schulen, wo den Kommunen eine Aufgabe zugewiesen sei, die eigentlich dem Staat zufalle. Deshalb plaidirt Redner für eine Reform der Bedürfniszuschüsse in der Art, daß nach bestimmten, festen Grundsätzen ein bestimmter fester Zuschuß für jede Schule gegeben wird. Dann habe man eine feste juristische Grundlage und vermehde auch den Schein der Willkür. Das Uebereinstimmungsheeren aller Lehrer hinsichtlich der Besoldung, ganz ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Städten, hält Redner für bedenklich. Man hätte den Kommunen es überlassen sollen, innerhalb gewisser Höchstgrenzen das Gehalt der Lehrer entsprechend den örtlichen Verhältnissen zu normiren. Es sei bedauerlich, daß dieser Weg nicht eingeschlagen sei. Trotz dieser Bedenken werde er aber für das Gesetz stimmen.

Minister **Dr. Boffe** erwidert, daß ein anderer Weg, eine Normirung der Lehrerbefehdungen nach der Größe der Städte, nicht gangbar sei. Man würde dabei nur zu noch größeren Ungerechtigkeiten kommen. An eine anderweitige Regelung der Bedürfniszuschüsse, wie sie der Vorredner vorgeschlagen hat, sei auch mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen und die gebotene Sparamkeit nicht zu denken. Der Minister legt dem Hause noch einmal warm die Annahme der Vorlage ans Herz. Es müßte die bisherige Behandlung der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Schulen als gemäßigter Lehrer zweiter Klasse dieselben verbittern und ihre Berufsfreudigkeit lähmen. Dieser Entwurf suche soviel wie möglich die Interessen der Lehrer mit denen der Kommunen zu vereinigen.

Die Vorlage sei ein guter Schritt vorwärts zu einem rechtsschaffenen Ziele.

v. Matschahn-Banselow und **v. Schöning** wenden sich gegen die vom Oberbürgermeister Struckmann erhobenen Bedenken. Bei der schlechten Lage der Staatsfinanzen solle man sich hüten, zu neuen Ausgaben für Kommunalanstalten zu drängen.

In der Spezialdiskussion über § 1 beantragt Oberbürgermeister **Bender**, die nicht pensionsfähige Zulage von 150 Mark für die Elementar- und Vorschullehrer zu streichen. Die Absicht, diese Lehrerkategorie besser zu stellen als die Volksschullehrer, werde auch ohne eine solche Bestimmung erreicht werden.

Oberbürgermeister **Bender** fragt an, ob nach den Kommissionsbeschlüssen die Elementar- und Vorschullehrer diese 150 Mark-Zulage auch erhalten sollen, wenn schon ihre sonstige Besoldung das Gehalt der Volksschullehrer um diesen Betrag übersteige.

Minister **Dr. Boffe** erwidert, daß die Absicht sei, das Gehalt der Vorschullehrer um 150 Mark höher zu normiren als das der Volksschullehrer, falls sonst das Besoldungsminimum für die staatlichen Lehrer nicht erreicht werde.

v. Wedell-Biesdorf schließt sich dieser Auffassung an, und stellt einen entsprechenden Antrag.

Oberbürgermeister **Struckmann** hält die Auffassung des Ministers für unzutreffend. In der Kommission sei § 1 so interpretirt worden, daß die Besoldung der Vorschullehrer mindestens der der Volksschullehrer gleichkommen müsse, also auch darüber hinausgehen könne, daß aber ganz unabhängig davon ihnen außerdem noch eine nicht pensionsfähige Zulage von 150 M. gewährt werden müsse.

Oberbürgermeister **Bender** beantragt Zurückverweisung des § 1 an die Kommission, da die ganze Geschichte unklar und verworren sei.

Nachdem noch Geh.-Rath **Germar** sich der Auffassung des Kultusministers angeschlossen hatte, wird entsprechend derselben unter Ablehnung der Anträge **Bender** und **Bender** § 1 mit dem Antrage von **Wedell-Biesdorf** angenommen.

Der Rest der Vorlage gelangt unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen zur Annahme.

Es folgt die Beratung des **Nachtragsetats**, betreffend die Wasserversorgung des ober-schlesischen Industriegebietes.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses.

Eine vom Grafen **Frankenber** beantragte Resolution spricht die Erwartung aus, daß die Quelle bei Zawada nur nach erfolgter oder wenigstens vorläufig festgestellter Entschädigung der verletzten Privatrechte zur Wasserversorgung herangezogen wird.

Herr **v. Durant** giebt in einem Zusatzantrag dem Fiskus anheim, eine Entschädigung für seine Schutzmaßregeln von den Privaten in Anspruch zu nehmen, denen diese zu Gute kommen.

v. Sendewitz befürwortet die Resolution mit dem Antrage Herr **v. Durant**.

Geh. Rath **Dr. Fürst** bittet um Ablehnung der Resolution und

des Antrages. Die Entschädigungsansprüche seien durch alle Instanzen gegangen.

Handelsminister **Herr v. Berlepsch** tritt ebenfalls der Resolution entgegen. Dem Fiskus liege es fern, sich auf Kosten von Privaten oder der Gemeinden zu bereichern. Es habe sich aber herausgestellt, daß die Gemeinden nicht im Stande seien, die Wasserversorgung des ober-schlesischen Industriegebietes aus eigenen Mitteln herbeizuführen. Die Resolution sei bedenklich, schon weil sie nicht ausspreche, wer die Entschädigung zu zahlen habe. Außerdem stehe sie aber mit der Praxis der Gerichte und der Verwaltung im Widerspruch.

Nach längerer Debatte, in der **von Lebeschow** und Oberbürgermeister **Bender** sich den regierungsseitlichen Ausführungen anschließen, wird dieselbe ebenso wie der Antrag **v. Durant** abgelehnt.

Der Nachtragsetat selbst wird unverändert angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident **v. Rattibor** theilt mit, daß er das vom Abgeordnetenhause herübergekommene Tertiarabhänges auf die Tagesordnung vom Dienstag zu setzen beabsichtige.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Entschädigung der Reichsunmittelbaren.) Schluß 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

A Berlin, 17. Juni. Es ist keine Frage, daß der deutsche Botschafter in Wien die Stadt einen Tag vor der Ankunft des Fürsten Bismarck nicht verlassen würde, wenn er nicht entsprechende Weisungen aus Berlin erhalten hätte. Das Gerede von der „Ausföhnung“ bekommt durch diesen Vorgang eine Erläuterung, die viele Worte ersparen läßt. Wer ist denn nun eigentlich versöhnungslustig gewesen? Von beiden Seiten sind alle entsprechenden Absichten bestritten worden, aber eine That, die einen Schluß nach der negativen Richtung zuläßt, liegt bisher nur in der Abreise des Botschafters vor. Wir wollen daraus nicht folgern, daß der Bunsch nach einem besseren Einvernehmen in Friedrichsruh stärker als im Schloß sein muß; er braucht auch in Friedrichsruh nicht zu bestehen. Aber erwiesen ist, daß er im Schloß ebenfalls nicht besteht, wenigstens nicht in dem Sinne, in welchem die „Tägl. Rundschau“ davon gesprochen hatte. In Wien scheint übrigens das Kommen des Fürsten Bismarck mehrfach unbequem empfunden zu werden. So ist dem reichsdeutschen Verein „Niederwald“ verboten worden, den Fürsten in corpore auf dem Bahnhofe zu empfangen. — Die neue Militärvorlage ist nach der „Freis. Ztg.“ fertiggestellt und harrt der Vorlegung an den Bundesrath. Damit würde diese weitaus wichtigste aller politischen Fragen einen mächtigen Ruck vorwärts machen, und das politische Leben bekäme einen neuen und starken Inhalt, einen so starken, daß manches Band und mancher Verband darüber noch springen könnte. — Das Witzblatt „Ull“ bringt heute eine Anzahl Bilder künftiger Oberbürgermeister und zwar ist der erste davon Ahlwardt. Wenn der antisemitische Wahnsinn noch einer kleinen Steigerung fähig ist (und warum sollte er denn nicht?), so wird Ahlwardt noch wirklicher Kandidat der Antisemiten für den Oberbürgermeisterposten. Die Ovationen für ihn werden immer toller. Die Ahlwardt-Blätter („Staatsb.-Ztg.“ und „Lokal-Anz.“) mögen sich dieser Kandidatur einmal annehmen. Bei der Reichstagswahl im 6. Berliner Wahlkreise erlaubten sich die Antisemiten, ihren Erforenen Paul Förster als den Kandidaten „aller anständigen Leute“ zu proklamiren. Bei der Wahl ergab sich leider, daß der 6. Wahlkreis recht wenig — „anständige Leute“ besaß. Mit Ahlwardt als dem Kandidaten aller anständigen Leute oder aller ehrlichen Leute könnte es gewiß nicht fehlen, gleichviel um was es sich nun handelt, und ein Oberbürgermeisterposten wäre sicher auch noch nicht das letzte Ziel, was die wahnwitzige Phantasie der Antisemiten ihrem Heros Ahlwardt zugebracht haben würde.

— Vom Friedrichsruher Versöhnungs-Kriegsschauplatz liegt eine neue Kundgebung in der „Westd. Allg.-Ztg.“ vor, die für den Wochentagsdienst bestimmt zu sein scheint, während den „Hamb. Nachr.“ der wichtigere Sonntagsdienst zufällt. Das Kölner Organ der Friedrichsruher Zurückgezogenheit hält es für angebracht, den „geschichtlichen Thatbestand“ des Versöhnungsspiels wie folgt festzustellen:

Schauspielhaus hat seit langer Zeit zum ersten Male eine Saison gehabt, in der es keine Rückschritte gemacht hat, im Gegensatz zum Deutschen und zum Lessingtheater, die in der letzten Spielzeit an Ansehen und Leistungsfähigkeit verloren haben. Erfreulich wär's, wenn Witterwurger, den wir dieser Tage als Mephistopheles trotz mancher Einwendungen im Einzelnen als einen grandiosen Künstler oft staunend zu bewundern hatten, nun dauernd für die Hofbühne „gewonnen“ würde — das wäre wirklich ein Gewinn für das Theater, wie für den eigenartigen, oft auch allzu eigenwilligen Künstler.

Wir haben soviel vom Theater gesprochen, weil was sonst aus Berlin zu berichten wäre, nicht gerade sehr erfreulich ist. Hier bei uns in äußersten Westen, in halb ländlicher Abgeschiedenheit ist's freilich idyllisch schön und doppelt still und friedlich empfindet man dies, wenn man von einem Gang aus der innern Stadt zurückkehrt. Wie da im Inneren täglich neue häßliche Blasen aufsteigen aus all dem Morast, der in der Weltstadt breiten Boden findet! Eine ganz neue Industrie hat sich da gebildet, die antisemitische. Passirte man bis vor etwa zwei Wochen die Friedrichsstraße, die die Straße Unter den Linden und andere vornehme Straßenzüge durchschneidet, so sah man einige Kerle stehen, die den Passanten mit frechem Lächeln das Wort „Juden“ entgegenbrüllten und dann weniger laut hinzufügten „Flinten“, dabei die Judensinten = Broschüre Ahlwardts zum Kauf anbietend. Diese Broschüre ist ja nun verboten, jetzt wird in der Friedrichsstraße den Passanten, auch den Damen entgegengerufen „Judenbordelle“ und eine Broschüre dieses Titels angeboten. Das soll wahrscheinlich zur Hebung der Sittlichkeit Berlins

dienen, denn sonst würde es ja die Polizei nicht gestatten, die so eifrig Photographien künstlerischer Bilder konfiszirt, wenn sich da etwa Nacktheiten zeigen. Und auch für die Hebung und Förderung der Wissenschaft wird auf den Straßen jetzt viel gethan. Im Südwesten der Stadt, ein paar Minuten vom Abgeordnetenhause sehen wir an einer Straßenecke einen Handwagen mit allerlei Karikaturenblättern und Druckschriften halten und daneben stand ein Mann, der in der Haltung und mit dem Organ eines Jahrmärktsbuden-Ausrufers vor einer dichten Korona von Zuhörern — Auszüge aus dem Talmud von Druckschriften verlas, die er zu zehn Pfennig das Stück loszuwerden suchte. Immer dichter ward der Menschentrüdel um den Vorleser und schwer wars, auf dem schmalen Trottoir dort vorbeizukommen. Ich sah's von der anderen Seite der Straße, wo ich mit zwei Herren plaudernd stand, bis uns ein Schutzmann aufforderte, auseinander zu gehen, da wir die Passage störten. Wir gingen und hörten die heifere Stimme des von einer immer größeren Schaar umgebenen Vorlesers zu uns herüberkrähen. . . .

Nicht immer kann die Polizei so eifrig und erfolgreich ihres Amtes walten, wie gegen uns drei Plauderer auf dem Trottoir. Da sind eine Anzahl unheimlicher Mordthaten passirt, es sind auch ein paar Leute als des Mordes höchst verdächtig alsbald verhaftet worden — schade nur, daß sie wieder entlassen werden mußten, man hatte zufällig nicht die rechten erwischt. Ein Millionendieb hat sich hier ein paar Monate aufhalten können und die Polizei hätte ihn vielleicht heute noch nicht, wenn nicht den Nachbarn die Sache aufgefallen wäre. Aber den Möder der Frau Manzel, den hat

„Wir bestätigen, daß Freiherr v. Stumm in den letzten Wochen, und zwar nach dem Allerhöchsten Befehl, den er auf Schloß Galberg vom Kaiser erhalten hatte, Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen ist. Wir können dem hinzufügen, daß der Freiherr v. Stumm dem Fürsten Bismarck Neuberungen des Kaisers über den ersten deutschen Reichskanzler gebräuchlich mitgetheilt hat, die den Schluß zugelassen hätten, daß der Kaiser gewisse Berührungspunkte des Fürsten Bismarck, wie sie in Blättern zu lesen waren, welche sich Beziehungen zur Regierung rühmen, mißbillige. Wir glauben aber auch zu wissen, daß Herr v. Stumm der Träger irgend eines Auftrags des Kaisers an den Fürsten Bismarck nicht gewesen ist. Vielmehr haben gerade die offiziellen deutschen Botsorgane sich sofort beilegt, einer vielleicht möglichen Wiederannäherung des Kaisers an den Fürsten Bismarck den Weg durch die Behauptung zu verlegen, Fürst Bismarck habe bei dem Kaiser Wilhelm II. etwas gut zu machen. Dieser wahrheitswidrigen Unternehmung mußte Fürst Bismarck mit aller Entschiedenheit entgegengetreten, wenn nicht die geschichtlichen Ereignisse seit 1888, soweit seine Perion dabei in Frage kommt, schon bei seinen Lebzeiten und unter dem Ansehen seiner Mitwirkung gefälscht werden sollten. Die Leute, welche den Schein hervorgerufen wollen, als habe Fürst Bismarck dem Kaiser etwas abzubitten, kennen entweder die Vorgänge des Frühjahrs 1890 nicht, oder sie vertehren sie, um jede Möglichkeit einer „Ausföhnung“ — wie der Ausdruck aufgebracht wurde — zwischen dem Kaiser und seinem verdienstlichen Unterthan zu vereiteln. Um das Opfer, den Ansehen auf sich zu laden, als habe er commissione oder omissione wider den Kaiser sich vergangen, würde Fürst Bismarck selbst das Reichskanzleramt nicht wieder übernehmen, so sehr er vielleicht überzeugt ist, daß dessen Führung unter seinem Nachfolger keine für das deutsche Reich in jeder Beziehung erprobliche gewesen ist. Noch weniger aber würde er um diesen Preis eine äußerliche Beziehung wieder aufnehmen wollen, welche für die Politik des Reichs einen Nutzen gar nicht veripreche und auf einen solchen auch nicht berechnet wäre.“

„Nu, dann nich“, wie der Berliner zu sagen pflegt, wenn er nicht weiter bieten oder bitten will.

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Justizwesen hielten heute eine gemeinsame Sitzung, um den Gesetzentwurf über das Auswanderungswesen zu beraten. Ferner waren die Ausschüsse für das Landheer und für die Festungen, für das Seewesen, für Justizwesen und für das Rechnungswesen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, in welcher vornehmlich die Petitionen mehrerer Gemeinden, betreffend die Heranziehung des Militärfiskus zu den Kommunallasten, verhandelt wurden. Viele Petitionen sind bekanntlich durch den Reichstag zur Berücksichtigung überwiesen worden und sollen auch in den Ausschüssen des Bundesraths eine entsprechend wohlwollende Beurtheilung erfahren haben.

München, 17. Juni. Nach einer Meldung der „M. N. N.“ weilt seit Kurzem der Oberauditeur des bayerischen Generalauditorats behufs näherer Besprechungen über den Entwurf einer Reichs-Militärstrafprozessordnung in Berlin.

Die große landwirthschaftliche Ausstellung in Königsberg.

III.

Königsberg, 16. Juni.

Eröffnungstag! Ueber den weiten Ausstellungsplatz hinweg schmettern die Klänge der Militärmusik. Heller Sonnenschein leuchtet zur Feier, und giebt Freude und Behagen in die durch das rauhe Wetter der Vortage gedrückten Gemüther. Es ist, als wenn auch das Gethier in gehobener Stimmung wäre, so munter schallt das Gewieher der feurigen Hengste, das Brüllen der Rinder. Selbst die Hunderte von Fahnen und Wimpeln scheinen vergnügter als sonst im Winde zu flattern. Von 8 Uhr früh schon an erhob sich das Säusen und Summen der mit Dampf zur Probe arbeitenden Maschinen; die Preisrichter traten zu den Prüfungen an, und durch die Ausstellungsöhre strömten die Schaulustigen in hellen Haufen.

Zwölf Uhr Mittags sah man die große Tribüne am Haupt- ringe gefüllt mit Menschen, die Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse, die Vertreter der Regierung und der Stadt, ein Flor von Damen hatten dort Platz genommen. Vor der Tribüne ballte sich die Schaar der Ausstellungsbesucher, der Aussteller u. s. w. zu einem gewaltigen Knäuel. Der Präsident der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft, der Obermarischall Graf zu Eulenburg-Brassen, Excellenz trat an die Brüstung und hielt eine Ansprache, in welcher er die Bedeutung dieser Wanderausstellungen für die deutsche Landwirthschaft mit überzeugenden Worten klarlegte. Graf Eulenburg ist ein gewandter Redner, und wer noch im Zweifel darüber hätte sein können, welchen unschätzbaren Fortschritt für unsere landwirthschaftlichen Verhältnisse jene großartigen und planvollen, von gründlichster Sachkenntniß und aufopfernder Hingebung aller Theilnehmer getragenen Schaulustigen bezeichnen, welche Fälle von Anregungen sie geben, welche Summe von Streb-

man jetzt nun wirklich — freilich ist er entdeckt und verhaftet worden hinter dem Rücken und ohne Wissen der Kriminalpolizei, die trotz mancherlei gegen den achtzehnjährigen Otto Wagenschütz vorliegenden Verdachtsmomente sich um diesen Burschen gar nicht weiter gekümmert hat. Man hat den Bruder und die Mutter des Wagenschütz vernommen, aber wohl nicht besonders eindringlich, denn sonst hätte man doch eigentlich erfahren müssen, was der Berichtstatter eines hiesigen Blattes erfahren hat, daß nämlich die Mutter selbst einen dumpfen Verdacht auf den Sohn gehabt hat. Immerhin hat das Flasko der Kriminalpolizei in diesem Falle, das man ganz klar nachweisen kann, doch das Gute, daß nun wohl eine durchgreifende Reorganisation unserer Kriminalpolizei nicht mehr lange auf sich wird warten lassen können.

Bei der „theils dieserhalb, theils außerdem“ hier herrschenden Mißstimmung hat der Beginn der Niederreißung der Schloßfreiheit immerhin Spaß gemacht. Die ersten Ziegel fielen, wie einst die Mauern von Jericho, bei Posaunenklang; Herr Kunze feierte das Ereigniß ganz wörtlich mit Bauten und Trompeten und verschenkte die alten Ziegelsteine zur Erinnerung an den historischen, durch die Schloßfreiheits-Lotterie geheiligten Moment. Schade, daß der neue Tissot, der Pariser Feberheld Luc Gersal, dieses große Ereigniß für seine soeben erschienenen „Berliner Skizzen“ nicht mehr hat verwenden können. Hier bot sich ihm ein Anlaß zu einer wirklich lustigen Skizze; was der Herr aber in seinem fast vierhundert Seiten dicken Buche geschrieben hat, ist von so trauriger Albernheit, daß es uns nicht einmal zum Spott herausfordern kann.

jamkeit und Ehrgeiz sie entfesseln, dem wäre das Verständnis hierfür bei den Worten des Präsidenten aufgegangen. Begeistert stimmten die Versammelten in das dreifache Hoch ein, welches Redner auf den Kaiser, den erhabenen Schirmherrn der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, ausbrachte, und aus Tausenden von Reihen schallte die Nationalhymne durch die Räume der Ausstellung hin.

Der preussische Minister für Landwirtschaft v. Heyden-Cadow ergriff nunmehr das Wort, um das Wirken der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zu rühmen. Besonders anerkanntenswerth sei deren selbständiges und unabhängiges Vorgehen. Während andere landwirtschaftliche Vereinigungen in der Regel Ansprüche an den Staat machen, zeichne der Grundsatz der Selbsthilfe diese Gesellschaft ganz besonders aus, und die Erfolge, welche sie auf dieser Grundlage erzielt habe, seien deshalb von so achtungswerther. Redner schloß mit einem Hoch auf den Präsidenten der Gesellschaft. Ihm folgte der Präsident des ostpreussischen landwirtschaftlichen Zentralvereins, Geheimrath und Rittergutsbesitzer Reich-Meynen, mit einem Hoch auf die Landwirtschaft, ferner Oberbürgermeister Selke-Königsberg, der Namens der von ihm vertretenen Stadt der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Dank dafür ausdrückte, daß sie Königsberg zum Ausstellungsorte gewählt habe. Er widmete sein Hoch der Gesellschaft, für welche nunmehr der Direktor, Geheimrath Cytth, mit einem Hoch auf die gastliche Stadt Königsberg erwiderte. Damit war die Festhandlung vorüber, und es begann der Rundgang des Ministers wie der Ehrengäste und Vorstandsmitglieder durch die Ausstellung.

Dort hatte sich nach der kurzen Unterbrechung, welche die Eröffnungsfeier bedingte, wiederum das lebhafteste Treiben entwickelt. Schnaubend und wiedernd trabten die herrlichsten Rosse durch die Ringe; in sorgsam abgemessenen Gangarten zeigten sich die Kavalleriepferde unterm Reiter; mit voller Spannung jagte ein Geschütz im Galopp daher; zweispännige Gefährte aller Art, ebenso Viererzüge, ließen die Gleichmäßigkeit ihrer Bewegung bewundern. Nicht minder bunt ging es an den Viehringen her; mächtige Stiere und edelgewachsene Kühe drängten sich brüllend an den Brütungen. Ueberall sah man die Preisrichter in empfindlicher Thätigkeit; um ihnen die Arbeit angenehmer zu machen, sind diesmal in allen Rängen nette Zelte errichtet, deren weiße Wände das farbenreiche Bild des Plazes noch munterer machen. In der Maschinenabtheilung ist der Geschäftsverkehr im vollen Gange. Eine besonders kräftige Anziehung übt der Gabentempel; die Königsberger Ausstellung zeichnet sich durch ganz besonders reiche Dotationen für die Prämirung aus, und unter den Ehrengästen sieht man Kunstwerke hohen Werthes. Viel bewundert wird u. a. die des Klubs der Landwirthe in Berlin, eine Majolikafasche in Form eines Siegeswagens mit wundervollem Rankenwerk aus Delmetall.

Wichtige Neuheiten finden sich in der Abtheilung für Düngemittel und dort wiederum vorwiegend in dem pomphösen Aufbau, welchen das Verkaufs-Syndikat der Staßfurt-Leopoldshaller Kaliwerke errichtet hat. Zunächst fallen unter der schönen Sammlung von Mineralien die prächtigen Blöcke von Sylvinit und Carnallit aus der Wienerberger Lagerstätte auf, ferner Boracitkristalle und manche andere Delikatessen der Steinlagerzone auf, z. B. Pinnoit, Acharit, Glaubinit, Kalibont, blaues Steinialz u. a. m., sodann aber zeigt die Sammlung von Fabrikaten, welche außerordentlichen Fortschritte, namentlich für die landwirtschaftliche Verwerthung der Kalialzlagere, neuerdings gemacht sind. Da sehen wir neben den schon lange bekannten gemahlten Bergprodukten vor allem die hochkonzentrierten, von Chlor und Schwefelsäure freien Salze, welche für die feineren Kulturen, für Gartenbau also und nicht minder für die tropischen Gewächse, eine immer größere Rolle zu spielen beginnen, so die kohlen-saure Kalimagnesia, ein Doppelsalz, auf welches sich u. a. die Augen der Tabakpflanzer richten, weil man mit Fug annehmen kann, daß durch Düngung mit diesem Salze nicht nur der Massenertrag des Tabaks gesteigert, sondern vor allem auch die Qualität, die Verbrennlichkeit der Tabakblätter erhöht wird, während bei Düngung mit den früher üblichen chlor- und schwefelsäurehaltigen Salzen oft das Gegenheil erfolgte und so die Anwendbarkeit der Kalialze in der Tabakkultur lange Zeit eine recht begrenzte blieb. Es werden nach dieser Richtung von den Regierungen der tabakbauenden Länder umfassende Versuche nach gleichem Plane von Schwedt und Bieraden bis Sumatra angestellt, über deren Ergebnisse schon bald Berichte vorliegen dürften. Weiter ist das phosphor-saure Kali hervorzuheben, wie das vorgenannte Salz hergestelt von dem dem Syndikate angehörigen Salzwert Neu-Staßfurt. In diesem Salze hat das Problem, eine möglichst von Nebenbestandtheilen freie, möglichst hochprozentige und doch vollkommen wasserlösliche Verbindung der äußerst wichtigen Pflanzennährstoffe Kali und Phosphorsäure zu einem Preise zu fabriciren, der den Absatz im Großen begünstigt, seine bislang vollkommenste Lösung gefunden, nachdem jahrzehntelange dahingehende Bemühungen gescheitert waren. Ob diese reinen und hochgradigen Salze sich geeignet erweisen werden, die älteren hochprozentigen chlor- und schwefelsäurehaltigen Salze, abgesehen von Spezialkulturen, aus dem allgemeinen Verbrauch zu verdrängen, bleibt ja abzuwarten; immerhin sind dieselben als interessante und werthvolle Neuerungen der Kaliindustrie mit Anerkennung zu begrüßen.

Lokales.

Pofen, den 18. Juni.

* Der **Hamburger Gesangchor Flora**, dessen treffliche Leistungen wir schon hervorgehoben haben, gab gestern im Zoologischen Garten sein vorletztes, wieder sehr gut besuchtes Konzert. Der allseitige, freudig gespendete Beifall, der den Gesangchor zu häufigen Einlagen veranlaßte, bewies am Besten, wie sehr seine Leistungen hier gefallen und anerkannt werden. Ernste und heitere Vorträge wechselten in dem reichhaltigen Programm in bunter Reihenfolge mit einander ab und hielten das Interesse des Publikums stets wach. Präzision und Reinheit des Vortrags, sowie Sicherheit im Zusammenwirken zeichnen den Chor in hohem Grade aus und liefern den besten Beweis der guten Schulung, welche derselbe unter der Leitung seines verdienten Direktors, Herrn **Generer**, erreicht hat. Heute Abend giebt der Chor sein letztes Konzert, dessen Besuch wir hier nochmals bestens empfehlen wollen; wie bekannt, fährt der Gesangchor von hier zur Kunst- und Theater-Ausstellung in Wien.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 17. Juni. Der zweite ostpreussische Städte-tag wurde heute in Anwesenheit von Vertretern fast sämtlicher Städte Ostpreußens eröffnet. Der Eröffnungsfestier wohnten der Oberpräsident Graf zu Stolberg-Bernigerode, die Regierungspräsidenten Steinmann und Dr. v. Heydenbrand und der Vasa, sowie der Landeshauptmann v. Stochhausen bei. Oberbürgermeister Selke-Königsberg hielt die Begrüßungsrede; sodann folgte ein Vortrag des Stadtraths Schaff-Königsberg: „Welchen Einfluß übt das neue Einkommensteuergesetz auf den Stadthaushalt der ostpreussischen Städte aus.“

Zu Ehren der VI. Landwirtschafts-Ausstellung fand gestern Abend bei prachtvollem Wetter in dem glänzend geschmückten und

feinlich beleuchteten vereinigten Börsen- und Logengarten am Schloß-Teich ein großes Abendfest mit Konzert statt, welches glänzend verlief.

Karlsruhe, 17. Juni. Die zweite Kammer bewilligte nahezu einstimmig die für den Ankauf von Gebäuden zum Umbau des Bahnhofs in Basel geforderten 1 787 000 Mark.

München, 17. Juni. Der vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurtheilte, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte Malergehilfe Schindler, welcher seit 5 Tagen in das hiesige Zuchthaus eingeliefert worden ist, hat heute früh einen Selbstmordversuch nach Wortwechsel mit der Scheere erstickt.

Straubing, 17. Juni. Gestern erschöpfte sich der Einjährig-Freiwillige Böllmann, weil er mit dreitägigem Mittel-arrest infolge Lachens beim Spaliersehen während der Fronleichnamprozession bestraft worden war.

Würzburg, 17. Juni. Professor Fischer hat den ihm angebotenen Lehrstuhl für Chemie an der Berliner Universität angenommen.

Wien, 17. Juni. Der Eisenbahnausschuß nahm die Vorlage betreffend die Abänderung der Staatsgarantie für die Süd-Nord-deutsche Verbindungsbahn und die eventuelle Einlösung durch den Staat sowie das hierauf bezügliche Uebereinkommen an.

Wien, 17. Juni. Nach einer Meldung der „Polit. Corr.“ aus Belgrad ist die Wahl eines Regenten an Stelle des verstorbenen Protitsch für Ende November oder Anfang Dezember in Aussicht genommen.

Petersburg, 17. Juni. Dem Vernehmen nach wird der Minister des Auswärtigen, v. Giers, sich nach seiner völligen Wiederherstellung ins Ausland begeben.

Der Botschafter v. Schweinitz ist gestern mit seiner Familie abgereist und wird im August wieder zurück erwartet.

Stockholm, 16. Juni. Der deutsche Konsul in Kalmar, Hasselquist, der gleichzeitig spanischer und brasilianischer Vizekonsul war, hat sich am Dienstag durch einen Revolver-schuss das Leben genommen. Als Ursache wird angegeben, daß Hasselquist etwa 160 000 Kronen veruntreut hatte. Der Verstorbene, welcher das 62. Lebensjahr erreicht hatte, gehörte zu den hervorragendsten Persönlichkeiten der Stadt.

Bern, 17. Juni. Der Bundesrath hat bei Professor Huber in Halle angefragt, ob er bereit sei, einen Entwurf für ein einbeiteiliges schweizerisches Zivilgesetzbuch auszuarbeiten.

Bern, 17. Juni. An Stelle des verstorbenen Bundesrichters Ogiati wurde der Kandidat der Rechten, Ständerath Soldati, mit 85 Stimmen von der Bundesversammlung zum Bundesrichter gewählt. Der Kandidat der radikal-demokratischen Partei Colombi erhielt 84 Stimmen.

Rom, 16. Juni. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, ist bisher über die Belegung des Berliner Botschafterpostens keinerlei Entscheidung getroffen, dieselbe dürfte vielmehr erst nach der Rückkehr des Königs aus Potsdam erfolgen.

Rom, 17. Juni. Senat. Der italienisch-schweizerische Handelsvertrag wurde mit 98 gegen 9 Stimmen angenommen.

Rom, 17. Juni. Der König und die Königin sind heute Abend 7 Uhr 10 Minuten nach Monza abgereist. Die Minister, die Spitzen der Behörden und Mitglieder der Deutschen Botschaft waren auf dem Bahnhofe anwesend. Eine große Menschenmenge brachte den Majestäten, lebhaftes Jubelungen dar.

Paris, 17. Juni. Wie die Abendblätter melden, wurde gestern und heute den hiesigen Vertretern der auswärtigen Mächte die Blokade von Dahomey notifizirt.

Der frühere italienische Ministerpräsident Marquis di Rudini wird morgen hier erwartet.

Brüssel, 16. Juni. Wie der „Patriote“ meldet, wird der König in Person die neugewählten gesetzgebenden Körperschaften eröffnen.

Brüssel, 17. Juni. Der Ministerpräsident Beernaert war heute zur Tafel im Palais des Königs geladen. — Der Ministerrath wird morgen den Zeitpunkt für den Zusammen-tritt der neuen Kammern festsetzen. Man glaubt, der Minister-rath werde sich auch mit der Vervollständigung des Kabinetts beschäftigen und es werde sich eine unerhebliche Aenderung in der Zusammenfassung des Letzteren vollziehen.

London, 16. Juni. Das Unterhaus hat die irische Unterrichts-bill in dritter Lesung angenommen.

London, 17. Juni. Das Unterhaus hat die Vorlage, betreffend die Garantie für eine von Mauritius aufzunehmende Anleihe angenommen.

Konstantinopel, 17. Juni. Der Generaladjutant des Sultans, General von Hobe-Bascha, ist heute nach Berlin abgereist, um dem Kaiser Wilhelm im Auftrage des Sultans die Medaillen zu überbringen, die zur Erinnerung an den Besuch des Kaisers und der Kaiserin in Konstantinopel geprägt worden sind. Es sind im Ganzen 29 Medaillen in Gold, 69 in Silber und 761 in Bronze geschlagen worden. Jeder Teilnehmer an der Fahrt soll ein Exemplar erhalten. General Hobe überbringt gleichzeitig dem Kaiser ein eigenhändiges Schreiben des Sultans.

Konstantinopel, 17. Juni. Der „Agence de Constantinople“ zufolge wird die Nachricht, wonach das in jedem Jahre veranstaltete Fest zur Erinnerung an die Erlassung des armenischen organischen Statuts verboten worden sei, von amtlicher Seite für unbegründet erklärt. Das Fest habe thatsächlich stattgefunden.

Athen, 16. Juni. Die Berichte des Wahlprüfungskomitees beantragen die Anerkennung sämtlicher Wahlergebnisse. Wie verlautet, soll die Wahl des Kammerpräsidenten und die Entlassung des Kabinetts noch im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

Newyork, 17. Juni. Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Barcelona (Venezuela) hat am Dienstag und Mittwoch ein erbitterter Kampf zwischen den Truppen des Präsidenten Palacio und den Aufständischen stattgefunden, in welchem die ersteren besiegt wurden. Die Aufständischen marschiren auf Bolivar, welches sie glauben erobern zu können.

Washington, 17. Juni. Nach einem Telegramm des Gesandten der Vereinigten Staaten in Caracas soll Präsident Palacio von seinem Posten zurückgetreten sein. In Venezuela herrsche jetzt Ruhe. Der Bundesrath werde die Exekutivgewalt ausüben, bis der demnächst zusammentretende Kongress einen neuen Präsidenten gewählt haben wird.

Wollmärkte.

** **Berlin, 17. Juni.** Man sieht dem hiesigen Wollmarkt mit einer gewissen Zuversicht auf eine feste Tendenz entgegen. Die Entleerungen auf Stadtschlager, die beim Beginn der neuen Schur kaum 700 Btr aufwiesen, haben sich erheblich vermehrt durch Zufahren der verschiedensten Dominien und durch die Ankunft der Partien, welche hiesige Händler angesichts der gedrückten Preise in den letzten auswärtigen Märkten erworben. Angemeldet zum offenen Markte in die Zelte des Berliner Lagerhofs sind bis jetzt ca. 10 000 Btr.

** **Leipzig, 17. Juni.** Wollmarkt. Die Zufuhren betragen 330 Btr., mithin stärker als im Vorjahre. Schlanker Absatz, Preise 120—135 M.

** **London, 16. Juni.** Wollauktion. Lebhaftes Betheiligung, Eröffnungspreise fest behauptet.

** **Bradford, 16. Juni.** Wolle flau, englische fester; Mohair-wolle geschäftslos.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red., in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
17. Nachm. 2	755,2	ND mäßig	bedeckt	+18,7
17. Abends 9	755,1	ND leiser Z.	trübe	+15,1
18. Morgs. 7	754,3	ND leicht	beiter	+15,5
Am 17. Juni Wärme-Maximum				19,5° Cels.
Am 17. = Wärme-Minimum				+ 7,9° =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 17. Juni. Schwächer. Gold in Barren pr. Rilo 2786 Br., 2782 Gd. Silber in Barren pr. Rilo 119,85 Br., 119,35 Gd. **Breslau, 17. Juni.** (Schlußkurse.) Sich befestigend. Neue Proz. Reichsanleihe 87,60, 3 1/2 Proz. V-Bandbr. 98,20, Rentol. Türken 20,50, Türk. Loos 93,00, 4 Proz. ung. Goldrente 94,25, Bresl. Diskontobank 97,30, Breslauer Wechselbank 98,50, Kreditaktien 170,65, Schles. Bankverein 114,50, Donnermarkt 86,50, Köthener Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft, für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenbahn 57,50, Oberschles. Portland-Zement 84,00, Schles. Cement 119,00, Doppel-Zement 91,00, Schl. D. Zement —, Keramik 128,00, Schles. Zinkfalten 194,00, Laurahütte 113,50, Verein. Delfabr. 88,75, Dörfelwerk. Banknoten 170,80, Russ. Banknoten 207,90, Giesl. Cement 83,00.

Frankfurt a. M., 17. Juni. (Schlußkurse.) Schwach. Lomb. Wechsel 20,38, 4 Proz. Reichsanleihe 107,00, österr. Silberrente 80,80, 4 1/2 Proz. Papierrente 81,40, do. 4 Proz. Goldrente 96,30, 1860er Loos 126,80, 4 Proz. ung. Goldrente 94,30, Italiener 91,70, 1880er Russen 95,00, 3. Orientanl. 68,20, unifiz. Egypter 98,50, lomb. Türken 20,45, 4 Proz. türk. Anl. 85,70, 3 Proz. port. Anl. 24,10, 6 Proz. serb. Rente 83,00, 5 Proz. amort. Rumänier 97,90, 6 Proz. Ionol. Mexik. 85,40, Böhm. Westbahn 305 1/2, Böhm. Nordb. 157 1/2, Franzosen 261 1/2, Galizier 182 1/2, Gotthardbahn 143,90, Lombarden 88 1/2, Lübeck-Wüden 146,00, Nordwestbahn 183 1/2, Kreditaktien 272, Darmstädter 141,40, Mittelb. Kredit 101,50, Reichsb. 149,50, Disk.-Kommandit 195,90, Dresdner Bank 149,00, Pariser Wechsel 80,866 Wiener Wechsel 170,55, serbische Tabakrente 83,00, Bochum. Gußstahl 131,00, Dortmund. Union 62,00, Garpener Bergwerk 148,20, Hibernia 121,10, 4 Proz. Spanier 66,80, Matzner 115,50.

Privatdiskont 2 1/2 Proz. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 271 1/2, Disk.-Kommandit 195,90, Portugiesen —.

Wien, 17. Juni. (Schlußkurse.) Im Anschlusse an Berlin vorwiegend schwach, Kreditaktien auf Plakläufe fest. Decker 4 1/2 Proz. Papirr. 95,60, do. 5 Proz. 100,90, do. Silber. 95,25, do. Goldrente 113,45, 4 Proz. ung. Goldrente 110,95, 5 Proz. do. Papirr. 100,70, Länderbank 222,25, österr. Kreditakt. 319,87 1/2, ungar. Kreditaktien 362,50, Wien. Bf.-B. 116,50, Elbethalbahn 238,75, Galizier 215,00, Lemberg-Czernowitz 244,50, Lombarden 100,10, Nordwestbahn 215,50, Tabakaktien 179,25, Napoleons 9,49, Marktnoten 58,57 1/2, Russ. Banknoten 1,21 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulgari-sche Anleihe 105,50.

Petersburg, 17. Juni. Wechsel auf London 97,70, Russische II. Orientanleihe 103, do. III. Orientanleihe 105, do. Bank für auswärtigen Handel 252, Petersburger Diskontobank 473, Warschauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 433, Russ. 2 1/2 Proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 148 1/2, Große Russ. Eisenbahn 343, Russ. Südwestbahn-Aktien 116 1/2, Privatdiskont 4.

Produkten-Kurse.

Köln, 17. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco —, do. fremder loco —, per Juli 18,80, per Nov. —, Roggen hiesiger loco 19,25, fremder loco 21,00, per Juli 18,90, per Nov. —, Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rüböl loco 56,00, per Oktober 53,70. — Wetter: Regen.

Bremen, 17. Juni. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fack-zollfrei. Still. Brto 5,70 Br.

Baumwolle. Stettin. Upland middl., loco 40 Bf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Juni 39 1/2 Bf., Juli 39 1/2 Bf., August 40 Bf., Sept. 40 1/2 Bf., Oktober 40 1/2 Bf., per Nov. 41 Bf.

Schmalz. Fester. Wilcox 35 Bf., Armour 35 Bf., Robis — Bf., Fairbank 30 1/2 Bf. Wolle. 138 Ballen Cap, 27 Ballen Austral, 9 Ballen Kämmel. 54 Ballen Buenos-Ayres, — Ballen Natal.

Speck hort clear middl. Fester. 35. **Bremen, 17. Juni.** (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5 Proz. Nordb. Wollkammerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 141 Gd., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 109 1/2 Gd.)

Hamburg, 17. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holl. loco neuer 193—202. — Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 180—200, russ. loco fest, neuer 176—180 Hafer rubig, Gerste fest. Rüböl (unverz.) rubig, loco 55,00. — Spiritus loco rubig, p. Juni-Juli 26 Br., per Juli-August 26 1/2 Br., August-Septbr. 26 1/2 Br., per Sept.-Oktober 26 1/2 Br. — Kaffee rubig, Umlag 1500 Cnd. — Petroleum rubig, Standard white loco 5,65 Br., Aug.-Dez. 5,75 Br. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 17. Juni. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg p. Juni 13,22 1/2, per August 13,47 1/2, p. Okt. 12,90, p. Dez. 12,82 1/2. Rubig.

Hamburg, 17. Juni. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Juni 64, per Juli 63 1/2, per September 62 1/2, p. Dez. 61 1/2. Behauptet.

Wien, 17. Juni. Produktenmarkt. Weizen loco fest, p. Mai-Juni 8,55 Gd., 8,60 Br., p. Herbst 8,01 Gd., 8,03 Br. Hafer p. Mai-Juni — Gd., — Br., per Herbst 5,42 Gd., 5,44 Br. — Mais p. Mai-Juni 4,89 Gd., 4,91 Br., Juli-August 4,95 Gd., 4,97 Br. Rohleins 11,60 Gd., 11,70 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 17. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, p. Juni 23,60, p. Juli 23,80, p. Juli-August 23,90, p. Sept.-Dezbr. 24,40. Roggen matt, p. Juni 16,40, p. Sept.-Dez. 16,20. Wehl matt, p. Juni 52,30, per Juli 53,10, p. Juli-August 53,50, p. Sept.-Dez. 54,30. Rüböl träge, p. Juni 55,25, p. Juli 55,75,

